

500-640, Kübe 210-600, Laupheim: Käfer und Kübe 315-630. - Rott- 10-800, Ansehlinge 450 bis e 180-280, trüchtige 50-50, Farren 800-1300. - 240-300, Kalbein 400 bis Lderstadt: Ochsen 575 bis 260-650, Kalbein 430-660.

Schweine 20-30. - Laup- Schweine 30-40, Läufer 60 eine 22-30, Läufer 45 bis 2-30. - Weilderstadt: M je d. St. Keine Zufuhr, 80 Vollen ändert sehr fest. Es wurden 465-525, für Halberberger Kopfen 550 RM.

er wollen vorerst auf der da Einwendungen ohne Bes- genommen werden dürfen. öentliche Rückfrage auf der Schmerzen, so auch für die te Bestrebungen zu fördern

er nicht zur Auflösung. Der ur Geltung kommen. Für weiche bedecktes, aber in der Welter zu erwarten.

nders werte

cher grüne Heinrich Hur tafalem ft und Haben fe an Math. Wesendow geschmackvollem reinband 3.75

Buchhandlg. nsposten nen bietet sich Ihnen enahme der sleitung dort. Bezirk. Sie erh. behö. dl. bez. laub. Aus- nva. ndr. Herren und ndernt Mark Barkapit e einreich. Stuttgart, 213

ngenkäse, 20% anahme pro Pfund 55 Pfg. in gelocht, Pfd. M. 1.40, versen- uerz, O. A. Leutkirch, i. Wg.

z-Kalender 1927 is und Portotarif chieft er, Nagold.

Zwergenber. Untereckmeter hat 7 bis 8 Ferkmeter Langholz 4. und 5. Klasse als Bauholz geeignet, zu verkaufen. 203 Georg Blach.

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60
Einzelnummer 10 S
Ercheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sauer (Karl Sauer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Seite 45 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gefellschaffer Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 17

Gegründet 1827

Samstag, den 22. Januar 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Der russische Volkskommissar Tschischerin ist in Wiesbaden eingetroffen.

Die ungarische Regierung verhandelt mit den Großmächten über die Aufhebung der Militärüberwachung in Ungarn.

Wegen der in ganz Polen durchgeführten Massenverhaftungen sind zwischen Pilsudski und dem Justizminister Meißner ernste Meinungsverschiedenheiten entstanden.

Zwischen Esten und Polen sollen Verständigungs-Verhandlungen eingeleitet sein.

Der Pariser „Avenir“ behauptet, Briand verhandle durch Vermittlung des französischen Botschafters seit einigen Tagen mit Mussolini über eine Verständigung mit Italien.

Der Unterstaatssekretär im rumänischen Finanzministerium, Manulescu, soll der „Tribuna“ zufolge am 29. Januar in Rom eintreffen, um die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien zu führen.

In 10 oder 12 Tagen soll ein Dekret erscheinen, durch das die neue spanische Nationalversammlung, die an Stelle des alten Parlaments treten wird, einberufen wird.

Der frühere demokratische Ministerpräsident von Portugal, da Silva, ist entflohen, als er aus seinem Gefängnis in Lissabon nach der Insel Porto Santo in die Verbannung gebracht werden sollte. Der Gefängnisdirektor und drei Wachposten sollen die Flucht begünstigt haben. Man befürchtet neue Unruhen.

Die ausländischen Yaqui-Indianer in Mexiko haben ihre Annerkennung angeboten.

Der liberale Gegenpräsident Sacaia in Nicaragua hat das Friedensangebot des Präsidenten Diaz abgelehnt.

Politische Wochenschau.

„Wir wollen unser Blut nicht mit Del vermischen!“, d. h. Amerika soll mit Nicaragua und mit Mexiko keinen Krieg anfangen, nicht wegen des künftigen Nicaragua-Kanals, nicht wegen der amerikanischen Gold- und Silbergruben in der kleinen Republik, namentlich aber auch nicht wegen der Oelfelder in Mexiko. Denn letzten Endes handelt es sich nicht darum, dem bedrängten Präsidenten Diaz zu Hilfe zu kommen, sondern die amerikanischen Oelfelder in Mexiko dem Zugriff und der Hoheit des dortigen Staats zu entziehen. Also wieder eine Geldsack-Politik im Dienst der amerikanischen Hochfinanz. Dagegen wehrt sich der Senator Borah, dagegen die ihm gleichgesinnte Presse. Die alte Monroe-Doktrin „Amerika den Amerikanern“ dürfe nicht in „Amerika den Vereinigten Staaten“ umgesetzt oder verschlechtert werden. So denken auch die Latein-Amerikaner in Mittel- und Südamerika. Sie wissen recht gut, daß das, was Nicaragua zustoßt, morgen auch ihr Schicksal werden könnte. Schon „den Anfängen sollst du widerstehen“.

Wie die Latein-Amerikaner dem nordamerikanischen, so zeigen die Chinesen dem britischen Imperialismus die Zähne. Die Eroberung der britischen Kolonie („Konzeßion“) in Hankau ist das Feuerzeichen gegen die fremdländische, insbesondere englische Bevormundung, die man allüberall im Reich der Mitte, vor allem in Südschina, gründlich satt hat. Ja, sie ist die Lösung, unter der das neue seit 1911 in anfänglichem Bürgerkrieg sich zerschlagende Vierhundert-Millionen-Volk zu sammeln sich anschiebt. Die englische Regierung scheint diese „chinesische“ Sprache zu verstehen; sie will den Südschinesen so weit als möglich entgegenkommen, sie möchte aber auch den Schein des ungewollten Zurückweichens vermeiden. Für alle Fälle sendet England starke Seestreitkräfte nach China.

So einig wie in London scheint man aber in der französischen Regierung noch nicht zu sein, namentlich in der Frage der vorzeitigen Räumung der Rheinlandzone. Freilich tut Briand überall so, als ob er mit Poincaré völlig einig wäre. Das glaubt ihm aber niemand mehr. Man weiß, daß sein Ministerkollege Marin, ein Deutschhasser im Superlativ, absolut nichts von einer solchen Nachgiebigkeit, überhaupt nichts von Locarno und Thoiry wissen will. Ja, sogar ein Herriot, auf den doch ehemals weiteste Kreise Deutschlands die allergrößten Hoffnungen setzten, soll keine Lust zeigen, in Briands Spuren zu treten. Im übrigen erklärte Briand in der ersten Kammer Sitzung am Mittwoch, daß die Räumung gegenwärtig nicht zur Erörterung stehe. Jedenfalls fordere Frankreich vorher von Deutschland militärische und finanzielle Gegenleistungen!

Diese Bodbeinigkeit Frankreichs gegenüber deutschen Wünschen zeigt sich ganz besonders bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die beiden sog. „Resonanzpunkte“, der Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial aus Deutschland und namentlich wegen der Entlohnung der Olfestungen. Wir wollen deren Ausstattung nur den militärischen Verhältnissen Polens anpassen, weiter nichts. Die Polen aber machen einen großen Spektakel und jammern in Paris über den bedrohlichen Zustand der paar deutschen Festungen, als ob sie um ihretwillen keine Stunde mehr ruhig schlafen könnten. Kein Wunder, daß deshalb die Verhandlungen in Paris nicht recht vom Fleck wollen. Inzwischen hat eine neue Parlamentstagung

Gefährliche Lage in China

Peking, 21. Jan. In Peking wurden Schugmaßnahmen für die Fremden getroffen. Der Gesandte der Vereinigten Staaten, der sich auf der Reise nach Washington befand, ist telegraphisch nach Peking zurückgerufen worden. Die amerikanische Gesandtschaft hat für den Fall einer Gefahr für ihre Staatsangehörigen Warnungszeichen eingerichtet: bei Tag eine besondere Fahne, bei Nacht sechs rote Lichter auf dem Gesandtschaftsgebäude. Bei Warnung haben sich die amerikanischen Staatsangehörigen an drei Punkten der Stadt zu sammeln, von wo sie in das Gesandtschaftsgebäude geleitet werden.

Die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Fuzien

Schanghai, 21. Jan. Die Gesandten in Peking haben beschlossen, in Anbetracht der fremdenfeindlichen Unruhen in Futschau und der der Provinz Fuzien alle in Fuzien lebenden Europäer nach Schanghai zu bringen. In Hongkong sind 30 katholische Missionare, darunter 5 Amerikaner, aus Futschau eingetroffen. Nach ihrem Bericht zerstört der Pöbel die christlichen Missionen, Kirchen und Waisenhäuser. 300 aus dem spanischen Waisenhause geraubte Kinder seien immer noch nicht gefunden und man befürchte, daß sie getötet worden seien.

Tschen soll nach dem „Daily News“ unter dem Druck der Radikalen keine Anweisung, daß die fremden- und christenfeindliche Heße in den Südprowinzen einzustellen sei, zurückgezogen haben.

Nach noch unbestätigten Nachrichten soll bei Hsiulang, 150 Kilometer von Hankau, eine Schlacht zwischen dem dritten Kantoneer und den Verbündeten des Nordens im Gange sein. Beide Teile haben schwere Verluste. Von Futschau seien kantonesische Verstärkungen nach Wentschau gegen General Suntschanjang (Schanghai) abgeandt worden.

England traut Tschen nicht

London, 21. Jan. Der britische Handelsminister erklärte in einer Rede, die Ziele der britischen Politik seien „Friede, Fortschritt und Handel“ auf der ganzen Welt und besonders in China. So weit aber auch Großbritannien den Chinesen entgegenkommen wolle, so sei es doch nicht gewillt, sich Zugeständnisse abzugeben zu lassen. Im Kabinett hat die gemäßigtere Richtung den Sieg davongetragen. Die Regierung ist bereit zu einer Konferenz der Mächte, auf der China die Fremdenniederlassungen zurückzugeben werden sollen, doch dürfen die Geschäftsinteressen der britischen Kaufleute keinen Schaden erleiden. Man ist noch nicht überzeugt, ob der Außenminister von Südschina, Tschen, ein ehrliches Spiel treibt. Man weiß nicht, ob er den Pöbel überhaupt vor Ausschreitungen zurückhalten will. Er hat sich in Hankau des Pöbels bedient, um sich in den Besitz der britischen Niederlassung zu setzen und man trau ihm ein ähnliches Spiel in Schanghai zu. Nachts wird er wohl nicht nach Schanghai ziehen, sondern

Frankreichs begonnen. Wohl sind, trotz der Neuwahlen des dritten Teils des Senats, wie wir bereits feststellten, die Mehrheitsverhältnisse im Senat geblieben. Über die Präsidentenwahl der Kammer und des Senats sind mit Vertretern der Linken besetzt worden. Ja, in der Kammer ist erstmals ein Sozialist, der Marceller Buisson, gegen den Kandidaten des nationalen Blocks im dritten Wahlgang gewählt worden. Vor einem solchen Forum würde Briand seine Thoiry-Politik und Poincaré seine Währungsreform verteidigen müssen. Dann wird aber die Kammer sich mit einer recht heißen Frage zu befassen haben. Die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten der Mitte und der Rechten fordern in einem Antrag die Reformierung des Sprachunterrichts in den Volksschulen. Die Kinder, sogen sie, lernen heute eine Sprache lesen und schreiben, die sie nicht verstehen, während sie zu Hause eine Sprache gebrauchen, die sie weder lesen noch schreiben können.

Der Wettlauf auf dem Balkan zwischen Rom und Paris, deren Verhältnis übrigens sich in den letzten Wochen nicht verschlechtert hat, geht weiter. So hat nun Frankreich mit Rumänien einen Vertrag abgeschlossen. Ueber diesen sagte der rumänische Gesandte am letzten Sonntag in Lyon: „Frankreich und Rumänien haben sich durch einen friedfertigen Vertrag eng vereinigt, um den Frieden und die Verträge (d. h. wohl auch den rumänischen Besitz von Bessarabien) zu verteidigen und ihre enge und traditionelle Zusammenarbeit auf allen Gebieten fortsetzen zu können.“ Französischerseits legt man besonderen Wert auf die gegenseitige Nicht-Angriffskaufel. Freilich, es ist bei der geographischen Lage beider Länder nicht recht ersichtlich, wie die beiden Verbündeten überhaupt einander „angreifen“ sollen?

Gleichzeitig sucht Ungarn mit Italien ins Reine zu kommen. Sein Außenminister Bethlen ist zurzeit in Rom, um eine ungarische Freizone im Hafen von Fiume herauszuschlagen. Das ist den Ungarn nicht zu verdenken. Kein Volk ist seiner Zeit, vielleicht Deutschland ausgenommen, von den Siegerstaaten so schlecht behandelt worden, wie die Magyaren. Was haben sie nicht alles an Gebiet und Erbschaften und Industrie an Rumänien, an Südslovenien und die Tschecho-Slowakei verloren! Das heutige Ungarn ist nicht ein Drittel so groß wie das alte. Dazu noch ein Binnenstaat, dem jeder Anschluß an das Meer verweigert wurde.

seine Stellung am mittleren Yangtse zu befestigen suchen. Nach einer Meldung aus Peking sollen die Südschinesen beabsichtigen, ihre Hauptstadt von Wihan (wie die zusammengefaßten drei Nachbarstädte Hankau, Haniang und Wutschang kurz genannt werden) nach dem 13 Kilometer südlich gelegenen Nanischang zu verlegen, wo sie von der unangenehmen Nachbarstadt ausländischer Rationenboote befreit sind. Die am 19. Januar von England abgegangenen Marinetruppen werden erst in sechs Wochen in China anlangen.

Auf eine telegraphische Anfrage der Londoner „Daily News“ wegen der Gerüchte über ein Zusammengehen der nord- und südschinesischen Führer hat Marschall Tschangtscholin nach dem Blatt geantwortet, er wolle den Bolschewismus bis zum Ende bekämpfen. Die Gerüchte seien eine Erfindung der Südführer.

Nach dem „Daily Telegraph“ ist man in London entsetzt über die Entdeckung, daß Telegraphenbeamte der Kantoneeregierung in Hankau diplomatische Telegramme zwischen dem britischen Gesandtschaftsrat O'Malley in Hankau und dem britischen Gesandten in Peking und der britischen Regierung in London zu verzögern oder zu verstümmeln suchen.

Widerstand gegen die Chinapolitik im japanischen Parlament

Tokio, 21. Jan. Die Chinapolitik der Regierung stößt im Landtag auf immer größeren Widerstand und die Opposition wird einen Mißtrauensantrag einbringen. Die Kammer wurde auf zwei Tage vertagt, inzwischen will die Regierung eine Verstärkung herbeizuführen versuchen. Auch im Oberhaus hat die von dem Außenminister Sideshara dargelegte Politik beifremde. Das Oberhaus hat einen Ausschuß gewählt, der eine Entschlieung entwerfen soll, in der eine Aenderung des japanischen Kurjes in China mit dem Ziel der Vermeidung einer weiteren Bolschewisierung des Lands gefordert werden soll. Die Entschlieung soll am Freitag zur Verhandlung kommen und dürfte im Fall des Sturzes der jetzigen Regierung von weittragender Bedeutung für die künftige Politik Japans in China werden.

Japan ist nach der „Times“ nicht gewillt, seine Niederlassungen in China zurückzugeben, solange nicht die „Exterritorialität“ (das rechtliche Ausnahmeverhältnis der Fremden der chinesischen Staatsgewalt und Gerichtsbarkeit gegenüber) aufgehoben sei.

Churchill beim Papst

Rom, 20. Jan. Churchill ist gestern vom Papst in Privataudienz empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit hat zwischen beiden ein Meinungsaustrausch über China stattgefunden, dessen Lage auch den Vatikan infolge seiner Missionen in Ostasien interessiert.

Daher wäre ihm eine Korrektur in dieser Hinsicht von Herzen zu gönnen.

Und wie steht es bei uns? Wir hoffen das letztmal, unsern Lesern in der heutigen „Wochenschau“ die Mitteilung von der Besetzung der deutschen Regierungskreise melden zu können. Aber wir haben uns geäußert. Der Deutsche Volksparteiler Dr. Curtius hat das Menschenmögliche versucht, eine Regierung zusammenzubringen. Aber es war vergebliche Liebesmühe. Dann verlor er es, im Auftrag des Reichspräsidenten, Reichstanzler Dr. Marz. Am liebsten hätte er eine „reine Mitte“ haben wollen, also eine Minderheitsregierung, die, je nach Bedarf, bald links bald rechts gestützt würde. Die Deutschnationalen haben aber erklärt, diese „Schaukelpolitik“ nicht wieder mitmachen zu wollen. Die Deutsche Volkspartei will keine bloße Mitte und keine Sozialdemokratie in der Koalition haben. Und die letzteren wollen nur dann aussetzen, wenn ihnen vorher bestimmte Zusicherungen gemacht werden. Vor allem verlangen sie die Opferung des Reichswehrministers Dr. Geßler.

Geßler steht aber auch bei einem Teil seiner demokratischen Freunde auf der schwarzen Liste. General Reinhardt, ein Mann, der alles nur nicht reaktionär ist, hat auf Veranlassung des Reichswehrministers in der „Deutschen Allg. Ztg.“ einen Artikel über den Heereserlag veröffentlicht, der ursprünglich nicht für die Veröffentlichung bestimmt und nur als Neußerung innerhalb der Reichswehr selbst gedacht war. Sie dürfe um keinen Preis „politisiert“ werden. Aber auch der Pazifismus sei für einen Soldaten unmöglich. Darob gab es einen nicht gerade freundschaftlichen Briefwechsel zwischen Dr. Koch, dem Vorsitzenden der deutschen Demokratie, und dem derselben Partei angehörenden Reichswehrminister Dr. Geßler, der den General restlos deckte.

„Nicht ein Zankapfel, sondern ein Augapfel des deutschen Volks sollte die uns durch einen übermütigen und ängstlichen Sieger aufgezwungene kleine Wehrmacht sein.“ Dies ist ein Wort, das Außenminister Dr. Stresemann unlängst im Marmoraal des Zoo in Berlin sprach. „Man hat den Weltkrieg im Namen der Demokratie gegen uns geführt und das Beste unserer Vaterlandsdemokratie zerstückt: das deutsche Volkstheer, das alte Heer. In ihre Stelle trat

die Reichswehr. Dank ihr für ihre entjagungsvolle, aufopfernde Arbeit. An die Parteien aber die Mahnung: Hände weg von der Reichswehr! Die Reichswehr muß um so volkstümlicher sein, je mehr sie alle Teile des deutschen Volks umfaßt. Wir wollen keine rechte und keine linke, sondern eine deutsche Reichswehr.

Der Reichstag hat am Mittwoch programmäßig seine Sitzungen wieder begonnen. Als er vor 5 Wochen in die Ferien ging, tat er es in der Hoffnung, daß er bei seinem Wiederauftreten von einer neuen Regierung begrüßt werde. Statt dessen starrten ihn leere Ministerbänke an. Aus der Verlegenheit half den Reichsboten ein kommunistischer Kollege mit seinem Antrag: Der Reichstag soll sich selber auflösen. Dazu hat er aber keine Luft. Und so muß wohl oder übel die Mühe noch weiterhin klappern ohne zu mahlen.

Der Zerfall des Kleinen Verbands

Südslawien vereinfacht

In Belgrad haben Veröffentlichungen des Pariser „Matin“ überrascht, wonach die Festsetzung Italiens auf dem Balkan durch den „Freundschaftsvertrag“ mit Albanien schon vor einiger Zeit von England gutgeheißen und unterstützt worden sei. Die Stimmung in Südslawien gegen England ist daher nicht sehr freundlich und man freut sich im stillen über seine Schwierigkeiten in China. Dazu kommen Nachrichten aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn, wonach diese Staaten sich ebenfalls von Südslawien abwenden, während Griechenland schon lange in einem ziemlich scharfen Gegensatz zu Südslawien steht. Aufsehen erregt ein jetzt bekannt gewordener Brief des früheren bulgarischen Oberbefehlshabers und späteren Gesandten in Paris, General Sawow, an den bulgarischen Generalstab. Bulgarien habe nur die Wahl, sich an Südslawien anzunähern oder sich unter englischen Schutz (Sawow schreibt: Protektorat) zu stellen. Ersteres wäre nur durch die kommunistische Partei durchzuführen, komme also für Bulgarien nicht in Frage. Somit bleibe nur der „Schutz Englands“, das allein Bulgarien von den Fesseln des Friedensvertrags von Neuilly befreien könne.

Zu Rumänien hat man in Belgrad ein rechtliches Vertrauen gehabt. Ein wohl halbamtlicher Artikel der Bukarester Zeitung „Curentul“ rief aber starke Erregung hervor. Darin wird die panlawistische Politik der Außenminister Nintschitsch (Südslawien) und Benesch (Tschechoslowakei) aufs schärfste angegriffen; glücklicherweise sei Nintschitsch schon gefallen, Benesch werde bald nachfolgen. Von einem „Locarno des Kleinen Verbands“ könne keine Rede sein; ebensowenig von einem gemeinsamen Einpruch des Kleinen Verbands gegen den (italienisch-albanischen) Vertrag von Tirana. Benesch wolle mit Hilfe seiner slowakischen Verbündeten die Deutschen in der Tschechoslowakei niederringen und ein slawisches Mitteleuropa errichten, was aber von Rumänien und Italien entschieden abgelehnt werde.

Auch Ungarn, auf das man in Belgrad in letzter Zeit starke Hoffnungen gesetzt hatte, scheint nun abzufallen. Die Kunde, daß der ungarische Ministerpräsident zu Mussolini nach Rom reisen werde, hat in Belgrad wie ein Donner Schlag gewirkt, denn man hatte nach der Rede des ungarischen Reichsverwesers Horthy bei der Gedenkfeier der Schlacht von Mohacs auf ein enges Zusammenarbeiten mit Ungarn gehofft. Unanru sucht einen Zugang zum Meer, jetzt nicht mehr auf südslawischem Gebiet in Spalato (Spalato), sondern in dem früher ungarischen, jetzt italienischen Fiume. Daher die ungarisch-italienische Annäherung.

Man fühlt jetzt in Belgrad, daß der kroatische Bauernführer Raditsch recht gehabt hat mit seinem Wort, das man ihm so sehr verübelt hat: „Der Kleine Verband ist zerfallen. Mussolini herrscht nicht nur in Tirana (Albanien), sondern auch in Bukarest!“ — An die Stelle des französischen Einflusses auf dem Balkan ist der englisch-italienische getreten.

Neuestes vom Tage

Die Richtlinien des Zentrums

Die Richtlinien der Zentrumsfraktion für die Bildung der Regierung werden sich im wesentlichen an die gleichen Grundzüge halten, die das Zentrum in der vergangenen Woche dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius für eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen entwickelt hatte.

Die Demokraten beteiligen sich nicht

Nach dem R.d.B.D. steht die demokratische Fraktion auf dem Standpunkt, daß Dr. Marx seine Bemühungen um die Bildung einer Regierung der Mitte unter dem Eindruck der Entschlebung der Deutschen Volkspartei abgebrochen habe, ehe die letzte Möglichkeit erschöpft gewesen sei. So habe er z. B. nicht über die Personenfrage verhandelt. Die demokratische Partei werde sich nicht an einer Regierung beteiligen, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet sei.

Die den linken Flügel des Zentrums verretende „Germania“ schreibt, der Brief des Reichspräsidenten sei ein einzigartiges Schriftstück. In der Begriffsbestimmung des Zentrums, dessen Wählerchaft größtenteils aus christlichen Arbeitern bestehe, passe der Ausdruck „bürgerliche Parteien“ schlecht hinein. Der Brief sei nicht lediglich ein Auftrag, sondern er zwingt die Zentrumsfraktion, zu der in dem Brief enthaltenen politischen Stellungnahme ein politisches Bekenntnis abzulegen. Ohne gründliche Feststellung der tatsächlichen Ziele der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Innern und Außenpolitik und Verfassung könne es für das Zentrum überhaupt nicht in Frage kommen, einen weiteren Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten.

Der Buchdruckerstreik abgelehnt

Berlin, 21. Jan. Die Hauptausschüsse der an dem Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe beteiligten Gewerkschaften haben den Streik abgelehnt. Die Arbeitnehmerverbände des Buchdruckgewerbes werden sich mit einer entsprechenden Kundgebung an ihre Mitglieder wenden.

Staatspräsident Köhler gegen die Fridericus-Märkte

Karlsruhe, 21. Jan. In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde ein Antrag der Bürgerlichen Vereinigung behandelt, der sich dagegen wendet, daß die badische Regierung beim Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost gegen die Fridericus-Märkte Einspruch erhoben habe. Staatspräsident Dr. Köhler erwiderte, es werde von niemand bestritten, daß König Friedrich II. von Preußen zu den

größten Staatsmännern des 18. Jahrhunderts gehöre, aber es wolle ihm (Köhler) nicht in den Sinn, daß im deutschen republikanischen Staatswesen die meistgebrauchte Briefmarke mit dem Bild eines Monarchen versehen werde, dessen Tätigkeit zugunsten des deutschen Volks „umstritten“ sei. Die deutsche Republik sei schlecht beraten gewesen, als sie den Preußenkönig Friedrich dem deutschen Volk als Repräsentanten der deutschen Klassik vorstellte. Das Zentrum und die Sozialdemokraten stimmten der Antwort des Staatspräsidenten zu.

Verurteilung eines Spions

Leipzig, 21. Jan. Wegen Verrats militärischer Geheimnisse und verurteilter Spionage verurteilte der 5. Strafsenat des Reichsgerichts einen polnischen Kaufmann zu 7 Jahren Zuchthaus und 7 Jahren Ehrverlust und Steuung unter Polizeiaufsicht.

Die Reichswehr ein Kleinod

Dresden, 21. Jan. Truppen der 4. Reichswehrdivision hielten am 18. Januar bei Dresden eine größere Übung ab und zogen dann unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung mit klingendem Spiel in Dresden ein. Dazu schreibt der Dresdener „Volkstag“, das Blatt der Altsozialdemokraten: „Bei dem Anblick der Reichswehrtruppen zogen den Zuschauern schwermütige Gedanken auf. Das sind die Trümmer des einst so stolzen Heeres, ein Erbsitz, der bei allem Wert im einzelnen doch im großen und ganzen bei weitem Stärke gewesen ist. Doppelt hart empfand man es, daß diese Reste der ehemaligen starken Wehrmacht nicht von allen Volksschichten als ein Kleinod betrachtet und behandelt werden, das sorgfältig gepflegt werden muß. Daß Wehrwille instinktiv im deutschen Volk lebt, haben wir bei dem Einzug der Reichswehr beobachtet dürfen.“

Neue Lehrerbildung in Mecklenburg

Schwerin, 21. Jan. Der Landtag hat mit 25 gegen 17 Stimmen einen Gesetzentwurf angenommen, wonach für den Eintritt in die fachliche Ausbildung auf der pädagogischen Akademie der Nachweis der Reife für die Hochschule Bedingung ist. Die so vorgebildeten Volksschullehrer sollen in die achte Beamtengehaltstabelle eingereiht werden.

Ein deutscher Wahlerfolg in Kattowitz

Kattowitz, 21. Jan. Bei den Wahlen zur Krankenkasse entfielen auf alle polnischen Listen zusammen 15 Mandate, während die deutschen Gewerkschaften 19 Mandate errangen. Von etwa 17 000 Wahlberechtigten haben nur etwa 3700 gestimmt.

Eine Verfügung für die Nationalgarde von Neuyork

Neuyork, 21. Jan. Im Staate Neuyork ist eine Verfügung erlassen worden, derzufolge Staatsangehörige, die auf deutscher Seite den Weltkrieg mitgemacht haben und jetzt in Amerika ansässig sind, in die Nationalgarde von Neuyork eintreten können.

Württemberg

Stuttgart, 21. Jan. Vom Landtag. Wie wir hören, tritt das Plenum des Landtags erst Anfang Februar wieder zusammen.

50jähriges Jubiläum des Württ. Kriegerbunds. Der Württ. Kriegerbund rüstet sich zur Feier seines 50jährigen Bestehens. Seine Organisation erstreckt sich auf fast alle Gemeinden des Landes. Die Veredelung des Kameradschaftsgeistes durch wertvolle Hilfe und andere soziale Einrichtungen erhöhen den sittlichen und vaterländischen Wert dieser mächtigen Organisation, die mit ihren mehr als 140 000 Mitgliedern die Verförperung des alten württembergischen Heers darstellt. Die Jubelfeier des Württ. Kriegerbunds, die am 11. und 12. Juni in Stuttgart stattfindet, wird deshalb auch im ganzen Land ein ungewöhnlich starkes Echo finden und ein vaterländisches Fest werden, wie es Stuttgart noch selten gesehen hat. Am Mittwochabend fand unter Vorsitz von Staatsrat Hegelmaier, dem 2. Präsidenten des Bundes, eine Versammlung statt, an der sich Mitglieder des Bundespräsidiums und Vertreter der Stuttgarter sowie der Cannstatter Vereine beteiligten. In dieser Versammlung wurden die Ausschüsse bestimmt, die die Jubelfeier vorzubereiten und durchzuführen haben. Geplant sind für Samstag, 11. Juni, ein Begrüßungsabend, für Sonntag, 12. Juni, vorm. ein Festakt mit sich anschließendem Vorbeimarsch am Bundespräsidium, nachmittags gefellige Veranstaltung. Es ist zu erwarten, daß sich die Mitglieder anlässlich der Jubelfeier in der alt erprobten Treue und Anhänglichkeit um das Bundesbanner scharen und in außerordentlich großer Zahl nach Stuttgart kommen werden.

Der Zirkus Sarraiani hat die durch den Unfall am Mittwoch verhinderte Eröffnungsvorstellung gestern Abend nachgeholt. Das Interesse des Publikums ist durch den bedauerlichen Zwischenfall nicht beeinträchtigt worden. Die mächtige Stadthalle war bis auf den letzten Platz besetzt und die glänzende Vorstellung fand den verdienten stürmischen Beifall. An der Umänderung des Tribünenfußwerks war fleißig gearbeitet worden und die Tribünen sind nunmehr so vorzüglich aufgeführt, daß jede Gefahr ausgeschlossen erscheint.

Das Zusammenrücken der Tribüne scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß sie durch einen einzigen Balken gestützt wurde. Wenn dieser in gewachsenen Boden eingerammt ist, vermag er genügenden Halt zu geben, in der Stadthalle war er dagegen auf den vorhandenen Holzboden aufgestellt. Bei der starken Belastung durch die 450 Zuschauer geriet der Holzboden, wie es scheint, ins Schwanken und dadurch kam der senkrechte Tragbalken selbst ins Rutschen. Für die solide Bauart spricht es übrigens, daß sie nur ganz langsam zusammenrutschte, und nicht zusammenbrach, sonst wäre allerdings ein ungeheures Unglück entstanden.

Verurteilte Reichsbannerleute. Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung in Heselach wurden im Herbst v. J. Nationalsozialisten von Reichsbannerleuten und einigen roten Frontkämpfern angegriffen. Das Gericht verurteilte die Täter wegen gefährlicher Körperverletzung zu folgenden Strafen: Stöhrer 80 M., Robert Beck 60, Erwin Rueß 70, Karl Zimmermann 40 M. Freigesprochen wurde der Angeklagte. Sämtliche Angeklagte waren Reichsbannerangehörige bis auf Stöhrer, der Mitglied des Roten Frontkämpferbunds ist.

Aus dem Lande

Aurich, 21. Jan. Selbstmord. Am Dienstag hat sich ein 75 Jahre alter früherer Jagdaufseher drei Schüsse beibracht, die seinen baldigen Tod zur Folge

hatten. Ein unheilbares Nervenleiden dürfte den Mann in den Tod getrieben haben.

Heilbronn, 21. Jan. Zwei Zentner Zucker als Kunstdünger ausgestreut. Aus Talheim wird dem Redar-Echo berichtet, daß dort ein Landwirt einen seit Jahren bei ihm beschäftigten Dienstknecht mit dem Austreuen von Kunstdünger beauftragt habe. Dieser erwischt aber auch einen Sack mit Zucker, der dann mit ausgestreut wurde. Die Vernehmung wurde erst entdeckt, als man Zucker holen wollte und keiner mehr da war.

Nedarjalm, 21. Jan. Eineraus der guten alten Zeit. Im nahen Biberach waltet mit 80 Jahren noch Kaspar Schiemer seines Amts als Totengräber und Orgeleuter der kath. Gemeinde.

Aalen, 21. Jan. Autolinie. Der Gemeinderat genehmigte in seiner letzten Sitzung die Eingabe eines Göttinger Privatgesellschaftsunternehmens um Gewährung der Genehmigung zum Betrieb einer Autolinie Unterlochen—Basseralpingen und bejahte das Bedürfnis. Die betr. Strecke ist fast ganz eben, hat viel Einzelverkehr und ist für leichte Omnibuswagen sehr geeignet. Die Konkurrenz gegen die Reichsbahn, namentlich soweit sie den Arbeiterverkehr betrifft, dürfte kaum nennenswert sein. Später könnte evtl. die Doppelgemeinde Unterrombach—Hofherrnwiler in diesen Verkehr einbezogen werden.

Mägerkingen u. Reutlingen, 20. Jan. Ungünstige Ortsvorsteherwahl. Durch Urteil der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung wurde die am 12. Dezember 1926 hier vollzogene Wahl eines Ortsvorstehers für ungünstig erklärt.

Tübingen, 21. Jan. Von der Universität. Die Leitung der Chirurgischen Universitätsklinik wurde durch das Kultusministerium an Stelle des verstorbenen Prof. Berthel dem ersten Oberarzt der Klinik, Professor Borchers, als Stellvertreter bis auf weiteres übertragen.

Rosenburg, 21. Jan. Ein Lastkraftwagen verbrannt. Gestern nachmittag ist der städtische Lastkraftwagen beim Steinführen am Heuberg vollständig ausgebrannt. Der Wagen ist versichert.

Laufen u. Balingen, 21. Jan. Brand. Gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr brach in dem Hause der Kleinstalt Herter beim Adler (altes Schulhaus) Feuer aus. Von der Fahrnis konnte nur wenig gerettet werden. Das ganze Gebäude liegt in Schutt und Asche. Das Feuer soll, wie man hört, auf der Darre ausgebrochen und der Besitzer ungenügend versichert sein.

Teitnang, 21. Jan. Steinwürfe auf einen Schnellzug. Am Freitag, 14. Januar, nachmittags 1.10 Uhr, wurden von der sog. Eisbahn in Weckenbeuren auf den durchfahrenden Schnellzug D 4 Friedrichshafen—Ulm Steine geworfen, wodurch ein Fenster des Postwagens zertrümmert wurde. Die Täter sind nun in einigen schulpflichtigen Knaben ermittelt worden.

Friedrichshafen, 21. Jan. Wenn's an's Zahlen geht. Seit etwa sieben Wochen steht hier Tag für Tag ein vollständig geheizter Aushilfsdampfer mit Besatzung unter Dampf. Die am Bodenseeverkehr beteiligten Verwaltungen hatten diesen Zustand gebilligt und entsprechende Zuschüsse zur Bestreitung der Unkosten in Aussicht gestellt. Jetzt, da die Dezember-Abrechnung der Betriebskosten für 1926 haben vorliegt, weigern sich diese Verwaltungen, die Kosten für das volle Personal des Dampfers zu vergüten und wollen nur die anteiligen Kosten für die Heizung und einen Mann der Besatzung anerkennen. Man sieht: am Bodensee wird solange auch unter den Verwaltungen kein Frieden, bis die längst geforderte einheitliche Leitung eben doch einmal kommen muß.

Aus Stadt und Land

Regolter, 22. Januar 1927.

Sonntagsgedanken

Von der Freude

Von der Pflicht der Dankbarkeit haben wir schon in den frühesten Kinderjahren gehört, aber daß es auch eine Pflicht gibt, fröhlich zu sein, diese Erkenntnis ist so selten wie die Blüte der „Königin der Nacht“. Wenn sie aber angefangen ist, dem hat sie das Leben noch erfrischer gemacht.

Man anderer Freude sich herzlich freuen

hilft verlorenes Glück erneuen.

W. Eigenbrodt.

Nach andern Freude! Du wirst erfahren, daß Freude freud. Bischof.

Der Winter des Lebens

Die Wintertage, die das neue Jahr gebracht hat, sind manchem ein wehmütiges Sinnbild seines eigenen Lebens. Der Schnee des Alters breitet sich auf seinem Haupte aus, das Blut wird kühler, der Pulsschlag des ganzen Seins langamer, die Welt reizloser und einförmiger, die Genossen der Jugend sinken ins Grab, man versteht das junge Geschlecht nicht mehr recht und wird von ihm weniger verstanden, ja man fühlt sich selbst schwach und unwert. So wird es kalt und dunkel im Alter, Winter!

Aber muß dadurch den Alten der Rest ihres Lebens verödet werden und entleiden? An uns, dem jüngeren Geschlecht ist's, das zu verhäfen! Vor einem grauen Haupte soll du aufstehen und die Alten ehren — diese Veteranen des Lebens, zu denen du auch einmal zählen wirst. Ihre Lebensarbeit anerkennen, für ihre Eigenart Verständnis zeigen, ihre Beschwerden mitfragen, ihrer Hilfslosigkeit zu Hilfe kommen, das bringt Licht und Wärme in ihren Winter. Man zehrt im Winter von den Vorräten, die man in der guten Jahreszeit erarbeitet hat. Leider haben unsere Alten ihre sauer erworbenen Ersparnisse durch die Geldentwertung verloren; wir müssen diese Verluste weit zu machen suchen und die Vorräte an Dankbarkeit, Liebe und Ehrfurcht, die die Ergrauten lange Jahrzehnte hindurch in unsern Herzen angehäuft haben, sie um so mehr genießen lassen.

Und wer selbst dem Alter entgegengeht, der sehe es als eine Wohlthat an, wenn ihm vor dem letzten Abschied diese Welt mit ihrem bunten Treiben und ihren in so viel Wahn befangenen Menschen ferner rückt. Um so näher tritt ihm in innerer Einkehr noch einmal die ewige Liebe, die alle Bitterkeit heilen und selbst den Winter des Lebens zur Vorfreude eines unvergänglichen Frühlings machen kann.



Mit den ill. Feiertag

Monatliche Erziehung Verbriet Schriftleitung, Dr. Telegramm-Adr.

Nr. 18

Die Reichswehr hat am Samstag eine Übung genommen.

Die Verhandlung material ist in der Regierung wird liegen, der bestin verboten wird.

Nach der E... hungen des b... solini in Rom i... roten Meer (2... dem Jemen (2... Gegenstand. C... den und beide

Die Regierung mitgeteil... wischen Vertrag land entrisenen siche Handlung öfberung betra

Der Irrj...

Herr Briand... Kammer den... als ein „Instru... zu feiern. Wir... nähierung ehrl... darauf aufmerk... Verhängung u... wagen sie ja l... das Verfall... größte Schmach... getan worden i... gut, dem einig... lieber nicht z... Eine andere... haupt einen Si... zu reden, und... einmal auf etli... zu legen. Was... die französischen... unübersteigliche... Frankreich hat... daß das Unglück... entspringen ist... zu leiden hat, F... gefehrten Sinn... verstehen ungeh... Deutschland... erkennbar an d... dem Krieg etw... mußte es seine... entwickeln, muß... halten und über... ten. Das brach... Gegenjah zu b... das den deutlic... Entfreisung des... Mit welchem... Deutschlands... Weisheit der... das Problem i... Landeshilf beid... Wachstum leid... zusammenperd... noch schwerer z... Seitdem di... kerungsfrage g... zungen würd... Sicherheit gege... es glaubt diese... als dadurch, d... grenze in... Polen sind in... Obereschlefen... uns wertvollst... Polen verkünd... schon befriedig... Norden wie i... widerrechtlich... nicht mehr zur... Marichall Foch... Dstgrenze verb... Dstgrenze. Di... verhindert die... Heberfälle wirl... den, ihre wenig... zu lassen.

In Frankre... hat man verm... solch eine Pol... öfberung in... zöfliche Polent... fortschreit, d... wiefen hat, kan... daß die Welle